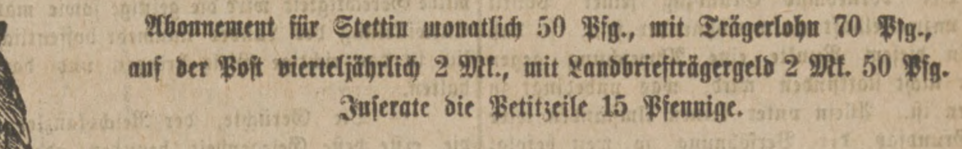
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.


Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 10. Dezember 1885. Nr. 576.

Die Orient-Krisis.

In der Orientfrage konzentrirt sich jetzt alles Interesse auf die Waffenstillstands- resp. Friedensverhandlungen. In dieser Hinsicht liegen folgende Telegramme der „C. T. C." vor:

Belgrad, 8. Dezember. Die Mächte haben einen starken Druck auf die Regierung behufs Abschlusses des Friedens mit Bulgarien ausgeübt, der König soll versichert haben, daß Serbien keinesfalls angreifen werde, jedoch die bestimmte Sicherung des status quo [illegible] erwarte.

Konstantinopel, 8. Dezember. Madjid Pascha ist beauftragt worden, sich in außerordentlicher Mission zum Fürsten Alexander von Bulgarien zu begeben, bei welchem er zum Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Bulgarien und Serbien hinwirken soll.

Konstantinopel, 9. Dezember. (Telegramm der „Agence Havas".) Der Großvezier hat dem Fürsten von Bulgarien gestern telegraphisch mitgetheilt, daß Madjid Pascha unverzüglich nach Sofia abreisen werde, um mit dem Fürsten bezüglich des Friedens mit Serbien eine Vereinbarung zu treffen.

Sofia, 8. Dezember. (Telegramm der „Agence Havas".) Die bulgarische Regierung hat der serbischen Regierung geantwortet, sie müsse, weil die serbischen Waffenstillstandsvorschläge nichts Sicheres und Bestimmtes enthielten, ihre Gegenvorschläge aufrecht erhalten und werde, falls sie binnen 24 Stunden keine Antwort erhalte, den Großmächten Bericht erstatten, auf deren Anordnungen sie die Feindseligkeiten eingestellt habe.

Nach diesen Meldungen liegt die Schuld der gegenwärtigen ungewissen Lage an Serbien, das sich noch immer in der Täuschung zu wiegen scheint, als stehe ihm die Wahl frei, entweder zum Frieden sich zu bequemen, oder die ihm durch Oesterreich verschaffte Waffenruhe zur Vorbereitung eines neuen Feldzuges auszunützen. Ihm in letzterer Hinsicht jede Illusion zu benehmen, ist die Aufgabe, welche Oesterreich, allerdings unter thunlichster Berücksichtigung der serbischen Interessen, übernommen hat. Serbischerseits auf der schlechthinigen Wiederherstellung des status quo ante bestehen zu wollen, ist jedenfalls ein gänzlich unhaltbarer Standpunkt.

Wie es scheint, bestehen übrigens innerhalb der maßgebenden Kreise Oesterreich-Ungarns selbst zwei verschiedene Strömungen, deren eine von Wien ausgeht, während die andere in Ungarns Hauptstadt ihre Quelle hat.

Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. Aus Köln kommt die überraschende Meldung, daß der dortige Oberbürgermeister Dr. Hermann Heinrich Becker in der vergangenen Nacht gestorben ist. Am 15. September 1820 zu Elberfeld geboren, ist er wenig über 65 Jahre alt geworden. Seit seinem Eintritt in den Kommunaldienst, zuerst 1870 als Oberbürgermeister von Dortmund, dann seit 1875 als Oberbürgermeister von Köln, hatte er sich von der aktiven Betheiligung am politischen Leben immer mehr zurückgezogen, so daß der Name des Mannes, welcher lange Zeit als der „rothe Becker" in ganz Deutschland bekannt war, für die jüngere Generation kaum noch einen politischen Klang hat. Becker, der in Heidelberg, Bonn und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften studirt hatte, warf sich, als die Bewegung von 1848 ausbrach, mit ganzem Eifer in dieselbe, und zwar als einer der Vertreter der radikalsten Bestrebungen; mit Freiligrath u. A. war er Redakteur der „Rheinischen Zeitung", welche, als sie der beginnenden Reaktion weichen mußte, ihre letzte Nummer in rothem Druck ausgab. Er wurde in Anklagestand versetzt, aus der Liste der preußischen Referendarien gestrichen und zu mehrjähriger Festungshaft verurtheilt. Nach der Verbüßung derselben ließ er sich in Dortmund nieder und widmete sich publizistischen Arbeiten, sowie der kommunalen Selbstverwaltung; von 1862 an vertrat er bis 1872 Dortmund im Abgeordnetenhause, dann im norddeutschen und deutschen Reichstag; er hatte als Mitglied der Fortschrittspartei den Verfassungskampf mit durchgefochten, gehörte aber zu denjenigen Mitgliedern derselben, welche der Begründung der Reichseinrichtungen mehr Sympathie entgegenbrachten, als das Gros der Partei. 1872 wurde er als Vertreter Dortmunds in das Herrenhaus berufen; Köln hat er in diesem jedoch nicht vertreten; und da er seit den ersten siebziger Jahren sich auch in den Reichstag nicht mehr wählen ließ, endete mit jenem kurzen Erscheinen des „rothen Becker" in der preußischen Pairskammer seine parlamentarische Thätigkeit. Er ging seitdem ganz in den kommunalen Dienst, in welchem er sich nach allen Richtungen hin bewährte und die Anerkennung aller Parteien erwarb, völlig auf. Auch in ihm ist wieder einer der Männer geschieden, welche in der Begeisterung der Jugend für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes Alles eingesetzt hatten und unter wechselnden Schicksalen diesen Idealen bis zum Ende treu geblieben sind. Der „liberalen Aera" der siebziger Jahre verdankte er es, daß er, als Leiter der städtischen Verwaltung zuerst Dortmunds, dann Kölns bestätigt, sich auch in einer fruchtbaren und umfassenden praktischen Wirksamkeit an wichtiger Stelle bethätigen konnte.

— Wie in parlamentarischen Kreisen heute verlautete, leidet der Reichskanzler wieder an heftigen Gesichtsschmerzen, wodurch er verhindert ist, wie er beabsichtigt hatte, im Reichstage zu erscheinen.

— Es dürfte doch bis auf weiteres etwas voreilig sein, den Antrag des Reichstagsabgeordneten Grafen v. Moltke, das Offizierpensionsgesetz zur Berathung zu stellen, auch für gleichbedeutend zu halten mit dem endlichen Zustandekommen dieses Gesetzes. Gewiß hat der greise Feldmarschall lediglich das Interesse des Offizierkorps und der Armee im Auge gehabt, indem er die günstige Stimmung des Reichstages für das Pensionsgesetz der Reichsbeamten auch der von ihm eingebrachten Vorlage zuwenden wollte, und weiterhin darf aus dieser Initiative wohl geschlossen werden, daß die Reichsregierung nunmehr ihrerseits eher zum Nachgeben in grundsätzlichen Fragen geneigt sei, die mit dem Offizierpensionsgesetz zwar nicht in unmittelbarem, aber doch in mittelbarem Zusammenhange stehen, seitdem die Mehrheit des Reichstags ihre bezügliche Willensmeinung klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht hat. Alles Gerede von ungerechtfertigter „Verquickung" von Fragen, die materiell in gar keinem Zusammenhange ständen, kann nun einmal die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Regierung nicht jetzt und nicht später eine Reichstagsmehrheit finden wird, welche dem neuen Pensionsgesetz ohne das Amendement v. Bennigsen zustimmt. Erkennt man aber einmal diesen Stand der Frage an, so bleibt eben der Regierung nichts übrig, als ihre formellen Bedenken der Sache zu Liebe in den Hintergrund treten zu lassen und der Armee endlich einmal das Brod des neuen Gesetzes zu geben, anstatt des Steines staatsrechtlicher Gesichtspunkte, die Niemandem zu Gute kommen als etwa fünf Prozent des gesammten deutschen Offizierkorps. Der Antrag des Grafen v. Moltke ist sicherlich auch unter dieser Voraussetzung gestellt worden, aber bis jetzt fehlt noch jeder greifbare Anhaltspunkt dafür, daß die Reichsregierung ihren frühern Standpunkt aufgegeben habe und einer Regelung der Kommunalsteuerfrage im Sinne des Antrages v. Bennigsen bedingungslos geneigt sei. Freilich hat der preußische Kriegsminister in der letzten Session erklärt, die Regierung sei unter Umständen gar nicht dagegen, die jetzt bestehende Kommunalsteuerfreiheit der preußischen Offiziere — um die es sich ganz allein handelt — zu ändern, aber über diese Erklärung hinaus liegt nichts vor, was zu der Annahme berechtigen könnte, daß die Regierung selbst eine Regelung der Frage ernstlich in Angriff nehmen wolle. Man sollte denken, es müßte doch nicht allzuschwer sein, entweder dem preußischen Landtage oder dem Reichstage — je nachdem man den einen oder den andern für zuständig hält — eine solche Vorlage in bestimmte Aussicht zu stellen, um dann nach deren Erledigung an das Offizierpensionsgesetz heranzutreten, ohne „Verquickung" und ohne jede Voreingenommenheit weder auf Seite der gesetzgebenden noch der berathenden Gewalten. Es sind nun schon zwei Jahre über die Angelegenheit hingegangen, ohne daß dieselbe vom Fleck gekommen wäre. Im Lande hat man hierfür kein Verständniß, da die Geneigtheit der Reichstagsmehrheit, die geforderte Erhöhung der Pensionen, welche von allen unbefangen Denkenden gebilligt wird, zu gewähren, außer Zweifel steht, und die Armee leidet inzwischen nicht nur in den Offizieren, sondern auch an ihrer Schlagfertigkeit, ohne daß für das Fortbestehen dieser Uebelstände zwingende praktische Gründe erkennbar wären. Deshalb ist es aber auch hohe Zeit, daß dieser böse Kreis endlich einmal verlassen, daß den parlamentarischen Wünschen Rechnung getragen und damit ein Zustand beseitigt werde, der auf die Dauer nur Schaden stiften kann. Sollte aber der Antrag des Grafen von Moltke Handhaben bieten, um endlich eine Ausgleichung in dem hier besprochenen Sinne herbeizuführen, so hätte sich der hochverdiente Feldmarschall ein neues und großes Verdienst um die Armee erworben, und hoffentlich kämen dann diese Früchte auch Denjenigen zu Gute, die in den Kriegen um die Neugestaltung Deutschlands mitgekämpft haben, ohne jetzt noch der aktiven Armee anzugehören. (K. Z.)

— Folgende fernere Resultate der Volkszählung werden bekannt: Stuttgart 125,510 (1880: 117,303), Karlsruhe 56,686 (1880: 49,283), Augsburg 65,476 (1880: 61 408), Würzburg 55,036 (1880: 51,014), Lübeck 55,498 (1880: 51,055).

Berlin, 9. Dezember. Die „Magdeb. Ztg." schreibt in einem Leitartikel „Die Politik des neuen Statthalters in Elsaß-Lothringen" Folgendes:

Nachdem nunmehr Fürst Hohenlohe wiederholt seine bei der Verwaltung Elsaß-Lothringens zu befolgenden Hauptgrundsätze öffentlich ausgesprochen hat, auch anderweit bekannt geworden ist, wie derselbe über die hiesigen Verhältnisse denkt, und die Bevölkerung bereits genügende Beweise ihres Verhaltens dem Statthalter gegenüber gegeben hat, läßt sich mit einiger Sicherheit ein Urtheil über die demnächstige Entwickelung der politischen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen fällen. Mit Genugthuung muß gleich von vornherein bemerkt werden, daß der neue Statthalter augen-

Feuilleton.

Hunde im Dienste des Heeres,

so lautet die Ueberschrift eines Artikels der „Allg. Militär-Ztg.", welcher uns interessant genug erscheint, um ihn zur Kenntniß unserer Leser zu bringen.

„Pferde und Tauben, Maulesel, Kameele und Elephanten werden in mehr oder weniger großem Verhältniß zu militärischen oder Kriegszwecken verwandt. Der Erfolg einer solchen Verwendung von Thieren im militärischen Interesse ist oft gar nicht gering. Eigenthümlich ist nun, daß bisher der Hund, der treueste Begleiter des Menschen, noch keine Verwendung in größerem Maßstabe im Dienste des Heeres gefunden hat. Seine Treue, Wachsamkeit, Schnelligkeit, Ausdauer, Genügsamkeit, Klugheit und vor Allem seine Gelehrigkeit lassen ihn ganz besonders dazu geeignet erscheinen, dem Heere in zukünftigen Kriegen Dienste zu leisten, und dieses ohne viel Mühe und so zu sagen ohne jede Kosten. Jedermann kennt ein oder das andere erstaunliche Beispiel von Klugheit eines Hundes. Man kann wohl behaupten, daß wir den Hund Alles lehren könnten, wenn wir ihn nur besser verständen; er begreift uns meist schneller als wir ihn, und wenn uns die Erziehung nicht gelingt, so sind wir meistens Schuld daran, nicht er. Die einzige Bedingung in den meisten Fällen zur Erlangung dieser Erfolge ist ein unerschütterliches Temperament des Lehrers; nie darf er dem Thier gegenüber die Fassung verlieren und nie ihm Heftigkeit zeigen. Gewiß werden sich in jedem Regiment, jeder Kompagnie und Schwadron Persönlichkeiten befinden, welche diese Eigenschaft in hohem Grade besitzen und dann auch gewiß die nöthige Liebe zum Thiere, um die Erziehung und Besorgung der Hunde zu übernehmen, welche bei jeder Truppe erzogen werden sollten. Und zwar für folgende Zwecke könnte man sich des Hundes wohl mit besonderem Erfolge im Kriege bedienen:

1) Bei den Kavallerie-Divisionen im Vordertreffen des Heeres zur Auffindung des Feindes. Der [illegible]ürsinn des Hundes läßt ihn schnell erkennen, [illegible]er der wahre Feind ist; der Hund wird schne[illegible] die Nähe des Gegners und die Gefahr gewahr. Bei der Verfolgung zeigt er, wie bei der He[illegible]gd, dem Reiter die Spur des verschwundenen Feindes. Durch Hunde bei der Kavallerie-Division wäre 1870 vielleicht der Abmarsch Mac Mahon's nach Norden noch früher entdeckt worden.

2) Ganz unersetzlich, möchte man fast sagen, sind Hunde beim Vorbeimarsch in durchschnittenem Gelände, wo Reiterei meist ungenügend Verwendung finden kann, und wo kleinere Infanterie-Truppenkörper ihren Weg nur mühsam hindurch fühlen müssen. Das Boltenstern'sche Detachement wäre vielleicht nicht in eine so gefährliche Lage gerathen, wären Hunde in Begleitung desselben gewesen. Die Sicherheit vor Gefahr durch Hunde macht kühner und unternehmender.

3) Auf Vorposten sind Hunde ganz besonders wachsame Kameraden und treue Begleiter auf den nächtlichen Patrouillengängen. Keine Feldwache könnte überrascht werden, die ein paar wachsame und auf den Feind abgerichtete Hunde bei sich hat. Der Patrouillenführer, welcher den Feind entdeckt und beobachtet, sendet den Hund mit der schriftlichen Meldung zum Feldwachhabenden, setzt seine Beobachtungen fort und erwartet die schnelle Rückkehr des Hundes mit weiteren Verhaltungsbefehlen von der Wache.

4) Im Gefecht ist oft Munitionsersatz nöthig. Die Wagen können nicht heran, Pferde sind nicht vorhanden, Menschen werden im Vordertreffen gebraucht — aber die Kompagnieführer kennen den Patronenwagen und seinen Führer; sie sind in der Schützenlinie, die Patronen vermindern sich in bedenklichem Maße. Wie sollen sie ersetzt werden? Auch hier, meint das genannte Fachblatt, könnten die Hunde zum Dienst abgerichtet werden. Sie könnten frische Munition heranbringen und wären für den Feind kein großes Zielobjekt.

5) Der Hund verirrt sich nicht im Walde und seine scharfen Sinne eignen ihn ganz vorzüglich zu einem Samariterdienst. Wunden verbinden lernen kann er nicht, das sollen die Musikanten außer den Krankenträgern; aber im Walde verloren, im Frost, in der Nacht, nach dem Kampfe liegt vielleicht verwundet der Vertheidiger des Vaterlandes und verblutet; der Hund hat ihn aufgespürt und Krankenträger können den Ohnmächtigen verbinden.

Wer will dann von Kosten und Mühen sprechen, die es macht, in jeder Kompagnie, Schwadron und Batterie vielleicht zwei Hunde im Frieden anzuschaffen, zu ernähren und zu erziehen, wenn sie dem Heere einen solchen Nutzen verschaffen! Kein Generalstab, kein Quartiermeister und kein Intendant hat Lasten im Kriege durch den Hund; nur Nutzen bringt er Allen, denn er steht nicht in der Ordre de Bataille, keine Berechnung ist für ihn nöthig, keinen Raum beansprucht er, — auch keine Vergrößerung der Proviantkolonne. Er findet von selbst seinen Platz in der Marschkolonne, ohne Jemand hinderlich zu sein; er sucht sein eigenes Quartier und wohl auch sein tägliches Brod.

Wie Gestüte- und Remonte-Depots und Brieftauben-Anstalten, so könnten auch Hundezüchtungsstellen von Staatswegen eingerichtet und unterhalten werden. Oder man überlasse den Kompagnien die Anschaffung der Hunde. In der Bataillonsküche fällt gewiß genug für die Hunde ab. Was die Erziehung betrifft, so könnten einzelne besonders geeignete Mannschaften unter Aufsicht damit betraut werden, wie vorher schon gesagt ist; macht man aber den Leuten klar, welchem Zwecke die Hunde dienen, wofür sie abgerichtet werden sollen, und daß das Leben eines jeden Einzelnen vielleicht von diesem Hunde abhängt, so überlasse man ruhig die Erziehung der Hunde für die vorgeschriebenen Zwecke den Mannschaften der Truppe in ihrer freien Zeit. Schlechter Behandlung wird dann der Hund gewiß nicht von Seiten der Leute ausgesetzt sein, und was die Erziehung anbetrifft, so überlasse man getrost das Resultat dem Ehrgeiz der Kompagnien und Schwadronen."

scheinlich die Regierungs-Thätigkeit seines Vorgängers genau verfolgt, die von demselben begangenen Fehler scharf erkannt und die von der öffentlichen Meinung geübte Kritik nicht ignorirt hat.

Der vornehmste Grundzug seiner Politik wird unzweifelhaft ein versöhnender sein, so daß also in diesem Punkte eine Abweichung gegen früher nicht stattfinden wird, was unbedingt zu billigen ist. Allein unter keinen Umständen wird der Grundsatz der Versöhnung so weit befolgt werden, daß dadurch eine Schädigung der Interessen des Reiches und des Deutschthums zu befürchten wäre. Um in dieser Richtung keinen Zweifel zu lassen, hat Fürst Hohenlohe gleich an die Spitze seines Regierungs-Programms die unbedingte Unterwerfung der Bevölkerung unter Kaiser und Reich gesetzt.

In der Tischrede zu Metz sprach er es offen aus, daß das mächtige Deutschland die Macht besitze, das Wiedergewonnene festzuhalten und seinen Angehörigen die Bedingungen geistigen und materiellen Gedeihens zu bieten, so daß mehr als ein Motiv, welches die Bewohner auf Frankreich zurückblicken lasse, schwinde, und die Erwartung gehegt werden müsse, daß die Elsaß-Lothringer es mehr und mehr erkennen würden, daß die Trennung von Frankreich kein Unglück und die Wiedervereinigung mit Deutschland die Gewähr einer glücklichen Zukunft sei.

Herr von Manteuffel hat allerdings diesen Standpunkt ebenfalls betont, aber nicht in eben so entschiedener Weise, und hat namentlich versäumt, ihn in der Praxis zur strengen Richtschnur seines Handelns zu nehmen, indem er zu ängstlich Rücksicht auf die Gefühle der Elsaß-Lothringer nahm, und nicht darauf bestand, daß die bei ihm zu Einfluß gelangten Notabeln Farbe bekannten. Fürst Hohenlohe hat gleich die erste Gelegenheit benutzt, um den Elsaß-Lothringern anzudeuten, daß sie in erster Linie Deutsche seien, indem er, was sein Vorgänger nie gethan, den ersten Trinkspruch auf den Kaiser ausbrachte. In Zukunft werden alle Diejenigen, welche an der Erfüllung weiterer staatsrechtlicher Bestrebungen Theil nehmen wollen, offen und ehrlich zu Kaiser und Reich stehen müssen. Daraus folgt, daß die Regierung sich nur auf diejenigen Elemente stützen wird, welche der deutschen Sache ohne Hintergedanken zugethan sind. Es wird also die Bildung einer deutschen Partei unter den Einheimischen, die Vorbedingung der moralischen Eroberung des Landes, im Anschluß an die alte Autonomistenpartei möglich werden.

Von nicht geringerer Bedeutung ist der Grundsatz, welchen der neue Statthalter vor dem versammelten Bezirkstag des Ober-Elsaß als den für seine Verwaltungs-Politik maßgebenden aufgestellt hat, sehr im Gegensatz zu dem Manteuffel'schen. Fürst Hohenlohe ist seiner ganzen Veranlagung nach durchaus zugänglich für Recht- und Hülfesuchende; aber er ist nicht gewillt, den Einflüsterungen Derjenigen, welche aus eigennützigen Interessen Einfluß in öffentlichen Angelegenheiten gewinnen möchten, sein Ohr zu leihen. Fremde, störende, geschäftliche Einflüsse, welche gesetzlich nicht berechtigt sind, und damit die unter dem Herrn von Manteuffel so verderblich gewesene Notabeln-Wirthschaft, werden hinfort ausgeschlossen sein. Fürst Hohenlohe äußerte nämlich in Kolmar, daß er bei seinen Reisen im Lande Entdeckungen machen möchte in den Herzen und Gemüthern der Menschen, in den Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes und in den Wünschen, die es bewegen. Die Beamten sollten aber nicht fürchten, daß er dabei an ein persönlich-patriarchalisches Regiment denke; denn unser moderner Rechtsstaat sei ein viel zu komplizirtes Wesen, als daß ein Einzelner daran denken könne, persönlich einzugreifen. Jeder müsse nach besten Kräften da arbeiten, wo ihn Gott und der Kaiser hingestellt habe; der aber, der oben stehe und oben zu entscheiden habe, müsse aus eigener Anschauung und nicht blos vom grünen Tisch aus wissen, wo die Leute der Schuh drücke. Danach werden also die Beamten wieder in der Lage sein, ohne Rücksichtnahme auf persönliche Einflüsse lediglich nach dem Gesetz und nach ihrem Gewissen die Angelegenheiten des Landes zu verwalten.

Was die Hoffnungen auf eine ersprießliche Wirksamkeit des neuen Statthalters besonders belebt, ist der Umstand, daß ihm die Bevölkerung Vertrauen entgegenbringt. Es ist hierfür zunächst die Thatsache maßgebend gewesen, daß Fürst Hohenlohe Katholik ist. Dies ist bei der hiesigen, zu fünf Sechsteln streng katholischen Bevölkerung ein sehr in Betracht kommender Faktor. Herr von Manteuffel hat, so viel er auch die Katholiken durch Konzessionen zu gewinnen suchte, doch niemals ihre Sympathien besessen. Fürst Hohenlohe wird durch seine bloße Eigenschaft als Katholik ein leichteres Spiel haben, und es ist zu erwarten, daß der Klerus ihm gegenüber eine wohlwollende Stellung einnehmen wird. Geschieht dies, dann können wir auf einen erfreulichen Umschwung in der politischen Stimmung der Bevölkerung sicher rechnen. Die Vergangenheit des Fürsten bürgt aber dafür, daß er den Interessen des Staates und des Deutschthums nichts vergeben wird.

Unverkennbar haben auch die Verdienste des Fürsten als deutscher Botschafter in Frankreich und die Herbeiführung und Erhaltung guter Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern mitgewirkt, dem Statthalter einen unter so günstigen Auspizien stattgehabten Eintritt in das Reichsland zu sichern. Denn die Elsaß-Lothringer wissen nach den harten Schlägen des Krieges den Segen des Friedens zu schätzen und wollen in ihrer großen Mehrzahl von den Protestlern, welche immer noch sehnsuchtsvoll nach Frankreich blicken, nichts mehr wissen. Des Fürsten an mehreren hervorragenden Staatsstellen bewiesene taktvolle Klugheit und milde Gerechtigkeit wird die geistige sowie materielle Entwickelung des Landes nunmehr hoffentlich endlich in das richtige Gleis bringen und darin erhalten.

— Die Gerüchte, der Reichskanzler werde die erste beste Gelegenheit benutzen oder suchen, den Reichstag aufzulösen, gewinnen nach einem Berliner Telegramm der „Danz. Ztg.“ in den bestunterrichteten Kreisen derartig an Boden, daß dieselben als äußerst ernst gelten müssen und größte Beachtung verdienen.

Ausland.

Paris, 8. Dezember. Im heutigen Ministerrathe wurde beschlossen, den Kongreß keinesfalls vor der Erledigung der Tonkin-Kredite einzuberufen. Für dringend wünschenswerth wurde jedoch erachtet, daß die Abstimmung über die Vorlage, sowie die Wahl des Präsidenten der Republik vor Weihnachten erfolgt, damit das für den Pariser Handel so wichtige Geschäft nicht gestört werde. Leider scheint die Kommission bis jetzt nur geneigt, die Erledigung der Angelegenheit hinauszuziehen. Der Minister des Auswärtigen berichtete über den befriedigenden Stand der Unterhandlungen in Belgrad und Sofia, sowie über die günstigen Aussichten einer friedlichen Lösung der ostrumelischen Streitfrage. Der Finanz-Minister machte überraschend günstige Mittheilungen über die Situation des Staatsschatzes und den Eingang der Steuern. Paul de Cassagnac veröffentlicht heute im „Matin“ einen Aufsehen erregenden Artikel, worin er erklärt, er werde für die unverzügliche vollständige Räumung Tonkins stimmen, und zwar aus dem einzigen Grunde, weil Frankreich seine ganzen Kräfte für den entscheidenden Kampf mit Deutschland bereit halten müßte, und weil nur eine einzige Kolonie zu erobern wäre, welche Elsaß-Lothringen heiße und für welche er selbst bereit wäre, Gut und Blut zu opfern. Wie man sieht, melden sich alle Parteien, um die neulichen Worte des Fürsten Bismarck zu bestätigen.

Aus **Washington**, 6. Dezember, wird berichtet:

Die Regierung konzentrirt eine große Truppenmacht, die in der Erwartung eines Konflikts mit den Mormonen nach der Salzseestadt dirigirt werden soll. Es scheint, daß einige Mormonen einen Versuch machten, den Vize-Marschall Collins auf seinem Wege anzufallen und zu ermorden. Er wurde mit einem Knüttel niedergeschlagen, zog aber hierauf ein Pistol und tödtete einen seiner Angreifer. Demnächst überlieferte sich Collins den Bundesbehörden und wurde ins Gefängniß gebracht. Der „Salt Lake Herald“ forderte in einer Extra-Ausgabe die Mormonenkirche auf, den Tod eines „Heiligen“ zu rächen, und bald umringte ein Pöbelhaufen das Gefängniß; ein Angriff wurde indeß nicht unternommen. Da der Zustand der Dinge drohend war, verlangte der Gouverneur, Mr. Murray, militärischen Beistand, und Collins wurde zu seiner eigenen Sicherheit nach dem Fort gebracht. Da letzteres gleichfalls bedroht ward, wurde der Kriegsminister um Hülfe angegangen. Die Truppen werden im Fort Steele, 185 Meilen östlich vom Salzsee, konzentrirt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. Dezember. Das zweite Gastspiel des Fräulein Emmy Leoni bringt uns Nicolai's stets gern gesehene komische Oper: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Man rühmt dem Gaste als Frau Fluth ein besonders temperamentvolles Spiel nach, während ihre gesangliche Leistung durch eine ganz eminente Technik glänzt. Herr Riechmann wird ein brillanter Falstaff sein und Frl. Buttschardt ist uns als „süße Anna“ vom Vorjahre noch in freundlichster Erinnerung.

— Auf den hiesigen Wochenmärkten wurde gestern bei einer durch die Polizei vorgenommenen Revision der Wiegeschaalen und Gewichte eine Anzahl Wiegeschaalen, welche nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprachen, beschlagnahmt.

Aus den Provinzen.

Greifenhagen 9. Dezember. Das Resultat der Volkszählung ist 1885: 6602 gegen 6936 im Jahre 1880.

Gollnow, 7. Dezember. Nach sechswöchentlicher Pause konnte gestern in unserer St. Katharinenkirche zum ersten Male wieder der Gottesdienst abgehalten werden. In dieser Zeit ist uns eine segensreiche Einrichtung geschaffen worden, eine Heizvorrichtung nach dem System eines Magdeburgers, der Firma Ludwig Joh. Müller. Die Arbeiten stießen anfangs auf ungeahnte Hindernisse; es war von der Gemeinde gewünscht worden, den Heizkessel in einem Nebenraum der Kirche unterzubringen. Diese Absicht scheiterte an dem gewaltigen, zum Theil aus mächtigen großen Felssteinen bestehenden Fundament der Kirchenmauern. Der Plan mußte aufgegeben werden, nachdem nach Hinzuziehung bauerfahrener Techniker der Unternehmer keinerlei Gewähr für die Folgen übernehmen wollte. Es ist nun der Heizkessel unterirdisch auf dem Kirchplatze, und zwar so angelegt, daß keine Spur außerhalb den unterirdischen Betrieb verräth. In einem 3 m tiefen und 6 m langen gewölbten Keller, dem sich ein passender Kohlenraum anschließt, liegt der Heizkessel. Der Betrieb ist Dampf, die Zuleitungen führen unterirdisch in die Kirche und bringen das wärmende Element in gußeiserne Röhren, welche wiederum verdeckt unter dem Gestühl liegen, so daß die Anlage still und geheimnißvoll ihre Wirkung ausübt. Diese Wirkung ist nach den Probeheizungen und der Erfahrung des gestrigen Sonntags eine wundervolle. Eine laue, milde Wärme von etwa 14° R. empfing uns Kirchenbesucher in den Sitzreihen, während das frei hängende Thermometer eine allgemeine Temperatur von 11° R. zeigte. Unserem Kirchenvorstande ist die Gemeinde sehr dankbar, daß das Kirchenvermögen auf solch nützliche Weise zu Gunsten der Gemeindemitglieder angewendet worden ist. Wir wünschen dem Unternehmer vielen Erfolg mit seiner vorzüglichen Erfindung.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Ein Tropfen Gift.“ Schauspiel in 4 Akten.

Freitag: „Die lustigen Weiber von Windsor.“

Mit der Bitte um Aufnahme geht uns folgender Aufruf zu:

Mendelssohn-Denkmal. Am 4. Januar 1886 sind hundert Jahre vorüber, seit Moses Mendelssohn sein der Erforschung der Wahrheit und der Bethätigung des Guten gewidmetes Leben geendigt. Die für diesen Tag in Aussicht genommene Gedächtnißfeier hat in den betheiligten Kreisen den Wunsch hervorgerufen, dem trefflichen Manne in seiner Vaterstadt Dessau, wo auch ein auf der Stelle seines Geburtshauses aufgeführter Bau an ihn erinnert, ein Denkmal zu errichten. Besonderer Rechtfertigung bedarf ein solches Vorhaben nicht. Der Freund, Mitarbeiter und Gesinnungsgenosse Gotthold Ephraim Lessing's, der Verfasser der Schrift über die Unsterblichkeit der Seele, der selbstlose und feinsinnige Weise, dessen Ruhe und Milde in die bekannten Züge des Lessing'schen Nathan übergegangen, ist vom deutschen Volke nicht vergessen. Wenn das Jahr 1787 — das Jahr nach Mendelssohn's Tode — Goethe's Iphigenie, Schiller's Don Carlos und Mozart's Don Juan hervorgebracht und so die Sonnenhöhe deutschen Schaffens erreicht hat, so soll vor dem Auge der Erinnerung auch der 4. Januar 1786, der Todestag des Mannes stehen, der im Morgenglanze eines neuen Zeitalters wandelnd und enge Verhältnisse und körperliche Leiden durch die Kraft seines Strebens überwindend, sich in der ersten Reihe der Vorläufer und Vorkämpfer jener herrlichen Blüthentage deutschen Geisteslebens zeigt.

Kinder und Enkel haben den Ruhm des Ahnherrn durch den ihrigen erneuert. Wir aber wollen jetzt, hundert Jahre nach seinem Tode, dem Gedächtnisse des Edlen ein Denkmal in seiner Vaterstadt Dessau weihen und bitten zu diesem Zwecke alle Verehrer Moses Mendelssohn's um Unterstützung. Beiträge nimmt namens des Komitees dessen Schatzmeister August Sonnenthal in Dessau entgegen, außerdem haben sich die Bankhäuser S. Bleichröder in Berlin, H. C. Plaut in Leipzig und Herr Adolf L. A. Hahn in Frankfurt a. M. zur Entgegennahme von Beiträgen bereit erklärt.

Dessau, im November 1885.

(Folgen die Unterschriften.)

Vermischte Nachrichten.

— Das dritte deutsche Reichswaisenhaus wird Anfang August 1886 in Schwabach eröffnet werden. Das Haus ist bereits im Wesentlichen fertiggestellt, doch ist es noch nicht genügend trocken, um es schon jetzt beziehen zu können

— Das deutsche Trinken in alter Zeit war förmlich organisirt. Die Stuttgarter Stadtordnung vom Jahre 1492 machte es jedem neueintretenden Richter zur Pflicht, einen silbernen Becher mit seinem Wappen auf die Rathsstube zu bringen; zu dem gleichen Zwecke mußte in Hall jeder „Herr“, der in den Rath gewählt wurde, das erste Quartal seiner Rathsbesoldung zurücklassen; in den Kanzleien gab es Suppen, Schlaf- und Untertränke, damit die Räthe und „Schreibersknechte“ nachher wieder fleißiger arbeiteten, sowie Peter der Große in seiner neu eingerichteten öffentlichen Bibliothek in Petersburg Schnaps ausschänken ließ, um Leser anzulocken. Herzog Christoph gab bestimmte Verordnungen, wie viel in jeder Kanzlei getrunken werden dürfe, und als ihm einmal einige Kostenzettel zur Dekretur vorgelegt wurden, schrieb er darunter: „Muß denn immer gesoffen sein? jedoch placet. Christoph.“ — Uebermäßig getrunken wurde namentlich auf der Universität Tübingen, und wenn man den Studenten darin steuern wollte, so gingen sie nach Rottenburg unter dem Vorwande, dort Papier zu kaufen. Ein Visitationsrezeß von 1591 rügt sogar, daß die Frauen der Professoren häufig ein Gläschen über den Durst trinken, daß z. B. Frau Professor Crusius und Frau Professor Homberger sich „gar ungebührlich“ halten, daß sie gar übel fluchen und schwören, dem Trunk sich ergeben, sonderlich des Crusi Weib, gehen selten zur Kirche, ziehen oftmals nach Lustnau und Derendingen und erzeigen sich dort ziemlich verdächtig. Ein Kostgeber, dem nachgewiesen war, daß er einem Herrn von Landschad für 2 Fl. zu viel Wein gegeben, berief sich auf die ausdrückliche Erlaubniß des Vaters, daß sein Sohn zuweilen einige Maß über Ordnung nehmen dürfe, da sein höherer Stand „etwas Weiteres erfordern thue“, und ein Professor Ziegler erklärte, er habe immer dafür gehalten, daß erwachsene Studenten 100—120 Maß Wein des Vierteljahrs trinken dürfen. Um jene Zeit wurden in den Städten fast jeden Morgen Betrunkene in den Straßen schlafend gefunden, und in Nürnberg wurde von dem Magistrat ein besonderer kleiner Wagen gehalten, um sie nach Hause zu fahren. Selbst der mäßige Herzog Christoph bekennt in Briefen, daß er „etliche Trünk zu viel gethan“, und zog nie auf einen Reichstag, ohne einige Fässer Neckarwein mitzunehmen. Kaiser Karl der Fünfte aber brachte zu einer Fürstenversammlung zu Regensburg 4000 Eimer, und ein Erzherzog von Oesterreich ließ sich 2000 Eimer für seine Tafel nachführen.

— (Ein thätliches Kunsturtheil.) Der Gesandte eines deutschen Kleinstaates in Rom malte, wie man sich in der dortigen Künstlerkolonie erzählt, mit wahrer Leidenschaft, und nur Kolossalbilder. Ein solches hatte er wieder als Karton entworfen und lud die sich damals in Rom aufhaltenden Künstler Kaulbach und Cornelius zur Besichtigung ein. Um ihren ungestörten Meinungsaustausch zu ermöglichen, entfernte er sich, und die beiden Maler betrachteten lächelnd das Bild, das Hagar mit ihrem Sohne Ismael in der Wüste darstellte. Der Dilettant hatte sich genau an die Bibel gehalten, die bekanntlich erzählt, daß die Mutter den Sohn „eines Bogenschusses Weite“ von sich ausgesetzt. Folglich stand rechts in der äußersten Ecke Hagar, links in der äußersten Ecke Ismael, und zwischen Beiden befanden sich ungefähr zwölf Quadratfuß Wüste. Kaulbach und Cornelius schmunzelten immer mehr, und plötzlich sprang der Erste mit aller Kraft und mit einem Satze mitten durch die Wüste und zum Zimmer hinaus, auf welchem Wege ihm der Andere schnurstracks folgte. Draußen brachen Beide in ein schallendes Gelächter aus. Als der Gesandte erwartungsvoll wieder eintrat, entdeckte er entsetzt das vernichtende Kunsturtheil. Er hat seitdem weniger gemalt.

— (Praktisch.) „Fräulein besuchen aber heuer auffallend oft die Promenaden-Konzerte.“ — „Mein Gott, in den Theatern ist nicht viel los, und dann verbinde ich noch einen wohlthätigen Zweck damit, ich suche nämlich einen passenden Schwiegersohn für meine Mama.“

— (Unkollegial.) Erster Arzt: „So — so — so? Das thut mir aber wirklich leid, Herr Kollege. Sie sehen auch sehr mitgenommen aus. Wer behandelt Sie denn?“ — Zweiter: „Ich mich selbst!“ — Erster: „Aber, aber! Das ist ja der reine Selbstmord.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 9. Dezember. Der Rheinpegel zeigt einen Wasserstand von 6.02 Meter, aus Mannheim wird ein weiteres Steigen um 0.42 Meter, aus Trier um 0.04 Meter gemeldet. Das hiesige Hafen-Kommissariat fordert durch Anschlag auf, die niedrig gelegenen Wohnungen zu räumen. Da das Wetter hell und klar ist, so dürfte für jetzt eine größere Gefahr nicht zu besorgen sein.

Wien, 9. Dezember. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Belgrad: Es wird versichert, die serbische Regierung habe beschlossen, auch in dem Falle eines endgültigen Scheiterns der Waffenstillstands-Verhandlungen aus Achtung vor dem Willen der Großmächte die Offensive ihrerseits nicht zu ergreifen.

Zara, 9. Dezember. Der Statthalter von Dalmatien, FZM v. Zara, ist gestorben.

Petersburg, 9. Dezember. Gestern ist ein Sanitätszug der hiesigen Gesellschaft vom Rothen Kreuz nach dem Kriegsschauplatze abgegangen.

Wie hiesige Zeitungen melden, wird beabsichtigt, den einschlägigen Artikel des Gesetzbuches, welcher den in den russischen Unterthanen-Verband übergetretenen Ausländern gleiche Rechte wie den übrigen russischen Unterthanen gewährt, dahin abzuändern, daß der Artikel sich lediglich auf solche Uebertretende beziehen soll, welche nach ihrem Uebertreten mindestens 10 Jahre in Rußland gelebt haben. Ein entsprechender Gesetzentwurf solle dem Reichsrathe demnächst zugehen.

Petersburg 9. Dezember. Der „Regierungsanzeiger“ meldet: Der Kaiser empfing am Montag den früheren bulgarischen Kriegsminister General Kantacuzene und den Generalkonsul in Sofia, Kojander.

Der Zeitung „Ruß“ ist in der Person ihres Herausgebers Aksakoff eine erste Verwarnung ertheilt worden, weil er die laufenden Ereignisse in einem mit dem wahren Patriotismus unvereinbaren Tone bespreche und bestrebt sei, Mißachtung gegen die Regierung hervorzurufen.

Der Präsident des Petersburger slawischen Wohlthätigkeits-Vereins, Generallieutenant Durnowo, hat in der Vereinsversammlung vom 21. November (3. Dezember) eine Rede über die auswärtige Politik Rußlands anläßlich der jüngsten Ereignisse auf der Balkan-Halbinsel gehalten. Im Statut des erwähnten Vereins sind die Gegenstände seiner Beschäftigung genau vorgezeichnet, und involvirt die Abhaltung von Reden politischen Inhalts eine direkte Abweichung von den im Statut enthaltenen Regeln. Der Kaiser hat befohlen, Durnowo zu eröffnen, daß er ihm einen Verweis ertheile.

Die gestrige Kirchenparade im Winterpalais anläßlich des Georgsfestes verlief bei Anwesenheit der Majestäten in der üblichen solennen Weise. Um 6 Uhr Nachmittags fand Galatafel statt, wozu die Georgsritter befohlen waren. Den ersten Toast brachte der Kaiser auf den ältesten Georgsritter Kaiser Wilhelm, den zweiten auf alle Georgsritter aus. Nach der Tafel hielten die Majestäten Cercle.